

---

FDP Main-Kinzig

## **VERSORGUNGSLÜCKEN BEI FRÜHFÖRDERUNG SCHLIESSEN! FDP BRINGT BERICHTSANTRAG IN DEN KREISTAG**

08.05.2025

---

Mit einem Berichtsantrag im Kreistag setzt sich die FDP-Fraktion dafür ein, die Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderung oder Entwicklungsverzögerung im Main-Kinzig-Kreis umfassend zu überprüfen und gegebenenfalls auszubauen. Im Fokus stehen dabei Frühförderstellen, spezialisierte Angebote wie eine Autismus-Ambulanz sowie Wartezeiten und regionale Unterschiede in der Versorgung.

„Wer früh fördert, eröffnet Chancen – für die Kinder selbst, aber auch für ihre Familien und die Gesellschaft insgesamt“, betont Daniel Protzmann, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

Besonderes Augenmerk legt die FDP auf die bislang kaum erfassten eigenfinanzierten Unterstützungsangebote, die manche Familien aus Mangel an Alternativen in Anspruch nehmen. Der Antrag fragt ausdrücklich danach, ob der Kreis hierzu belastbare Daten hat – oder wie diese künftig erhoben werden könnten. „Wir wollen ein realistisches Bild der Versorgungslage – und das geht nur, wenn auch private Inanspruchnahmen mitgedacht werden“, erklärt Prof. Dr. Joachim Fetzer, Fraktionsvorsitzender der FDP im Kreistag.

„Unser Ziel ist eine verlässliche, bedarfsgerechte und faire Förderstruktur im ganzen Kreisgebiet“, so Fetzer weiter. Daher soll der Sozialdezernent im zuständigen Ausschuss berichten, ob und wo zusätzliche Bedarfe bestehen – etwa für neue Frühförderstellen oder spezialisierte Einrichtungen für Kinder im Autismus-Spektrum. Auch Fragen der Qualitätssicherung und der Transparenz gegenüber Eltern und Leistungserbringern sollen beleuchtet werden.

Die Liberalen verweisen dabei auf die langfristigen Auswirkungen früher Förderung: Kinder, die rechtzeitig passende Hilfen erhalten, benötigen später häufig weniger intensive und kostenintensive Leistungen.

„Gute Förderung ist nicht nur menschlich geboten, sondern auch wirtschaftlich vernünftig. Investitionen in Prävention zahlen sich doppelt aus – für die Betroffenen und für die öffentlichen Kassen“, unterstreicht Daniel Protzmann abschließend.